

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

162 (29.7.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Ercheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1.90 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.20, im Verlag abgeholt 1.90 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 8-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpt. — (Preisliste Nr. 1) Abbestellungen können nur bis 23. auf den Monatsersten angenommen werden.

2.751. Jahrgang

Samstag, den 29. Juli 1950

Nr. 163

„Ungeheuerliche Entstellung“

Eine Erklärung der Berliner Kirchenleitung
Berlin (UP). „Die von dem Sowjetunion-Ministerpräsidenten Grotewohl (SED) anlässlich des dritten Parteitages der SED gegen den Bischof der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, D. Dibelius, vorgebrachten Angriffe sind eine ungeheuerliche Entstellung der Wahrheit“, heißt es in einer Verlautbarung der evangelischen Kirchenleitung Berlin. Diese Entstellung beruhe sich sowohl auf die Person, als auch die Tätigkeit des Bischofs, während der Zeit des Nationalsozialismus und seine Haltung in jüngster Vergangenheit. Der Angriff Grotewohls werde von der gesamten Kirchenleitung, allen Pfarrern und Gemeinden als Angriff gegen die evangelische Kirche in ihrer Gesamtheit empfunden. Die evangelische Kirchenleitung sprach Bischof D. Dibelius, im Verlaufe ihrer ersten Sitzung nach Beendigung des dritten SED-Parteitages, das uneingeschränkte Vertrauen aus.

Skandal um Remer

Schwere Zusammenstöße mit der Polizei
Berlin (UP). Der ehemalige Generalmajor Remer wurde bei seinem Eintreffen vor dem Versammlungsort „Preußenpark“ in Westberlin von mehreren hundert empöerten Studenten und Jugendlichen empfangen. Remer wurde daraufhin unter Polizeideckung zum nächsten Polizeirevier gebracht. Vor dem Polizeirevier sowie zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Westpolizisten, in deren Verlauf die Polizei mit Tränengas und Gummiknüppel gegen die Menge vorgeht. Nach der erfolglosen Verhaftung Remers kam es erneut zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei, Jugendlichen und Pressevertretern, wobei die Polizei erneut vom Gummiknüppel Gebrauch machte. Zwei Polizeirevier wurden zu Boden geschlagen und ins Polizeirevier geschleppt. Weitere Jugendliche erhielten ebenfalls Schlagwunden.

Kurt Müller wurde „verhaftet“

Eine Erklärung der Ostzonenregierung
Berlin (UP). Im Zusammenhang mit den Beschuldigungen gegen den Kommunistenführer Reimann in Verbindung mit dem Verschwinden des kommunistischen Abgeordneten Müller gibt das Amt für Information der Ostzonenregierung eine recht aufschlußreiche Mitteilung heraus, in der es heißt: „Kurt Müller kam wie üblich zu einer Besprechung in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Die Zeit seines Hereins nutzte er zu verbrecherischen Handlungen im Dienste fremder Mächte aus. Darum wurde er von den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit verhaftet.“

Die Frage einer Polizeitruppe

Antwort der Hohen Kommission überreicht
Die alliierte Hohe Kommission überreichte die Antwortnote auf die von der Bundesregierung im April vorgelegten Vorschläge zur Bildung einer Polizeitruppe auf bundesstaatlicher Grundlage. Der Inhalt der Note soll vorläufig nicht veröffentlicht werden, um den bundesstaatlichen Behörden Zeit zum Studium der Note zu lassen.

US-Armee so schnell wie möglich erhöht
824 000 Mann Armeestärke, 2 070 000 Gesamtstärke

Washington (UP). Carl Vinson, der Vorsitzende des Ausschusses für die Streitkräfte des amerikanischen Repräsentantenhauses, teilte mit, daß die Stärke der amerikanischen Armee so schnell wie möglich auf 824 000 Mann erhöht wird. Dies kommt einer Verstärkung der Armee um 240 000 Mann gleich.

Außerdem gab er bekannt, daß die Armee neben den bereits bewilligten Mitteln 1 681 043 160 Dollar für den Erwerb neuer Tanks, neuer Geschütze und Waffen anderer Art ausgeben wird. Die Gesamtstärke aller Waffengattungen der amerikanischen Streitkräfte wird — unter Berücksichtigung der vorstehenden Mitteilung Vinsons — nach den gegenwärtigen Plänen um insgesamt 642 000 Mann auf 2 070 000 Mann erhöht.

Präsident Truman unterzeichnete ein Gesetz, wonach sämtliche Angehörige der amerikanischen Streitkräfte auf weitere 12 Monate bei ihren Truppenteilen verbleiben, deren Dienstzeit normalerweise zwischen dem 27. Juli 1950 und 9. Juli 1951 abgelaufen wäre.

Der amerikanische Senat nahm am Freitag innerhalb von zehn Minuten das Verteidigungsbudget von 13 294 581 821 Dollar an. Von keiner Seite wurde irgendetwas im Sinne einer Kürzung der Ausgaben vorgebracht.

Frankreich will Luftwaffe verstärken.

Fünftjahresprogramm vor dem Parlament
Paris (UP). Die französische Nationalversammlung begann die Debatte über ein Programm zur verstärkten Produktion von Flugzeugen für die Luftstreitkräfte. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Pierre Monteil, legte ein Fünftjahresprogramm vor, dessen Finanzierung 27,4 Milliarden Francs (800 Millionen Dollar) erfordern würde. Nach diesem Plan sollen die französischen Luftstreitkräfte bis zum Jahre 1955 eine Stärke von über 2000 Flugzeugen erhalten.

Der neue französische Verteidigungsminister Moch erklärte, daß die Regierung keine Verlängerung der Dienstzeit (von zwölf Monaten) beabsichtigt.

Verteidigung wichtiger als Wiederaufbau

Stellvertreterrat der Atlantikpaktmächte faßte erste Beschlüsse zum Schutze Westeuropas

London (UP). Charles Spofford, der Vorsitzende des ständigen Stellvertreterrats der Atlantikpaktmächte erklärte nach Abschluß der ersten Konferenzwoche des Rates, daß der Korea-Konflikt dazu geführt habe, den Verteidigungsplänen das Prioritätsrecht vor dem wirtschaftlichen Wiederaufbau einzuräumen.

Spofford lehnte es ab, Angaben über die Stärke der Streitkräfte der Atlantikpaktmächte zu machen. Um eine Stellungnahme zur Feststellung Churchills gebeten, daß Westeuropa vermutlich weniger auf seine Verteidigung vorbereitet sei als es Südkorea war, erklärte Spofford nur, dies sei eine militärische Angelegenheit, auf die er nicht eingehen könne. Die Tagung des Stellvertreterrates wurde am Freitagabend bis kommenden Dienstag unterbrochen.

Aus Anlaß des Abschusses der ersten Konferenzwoche hat der Stellvertreterrat der Atlantikpaktmächte ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es heißt, daß sich die Konferenzteilnehmer mit den praktischen Maßnahmen

auseinandergesetzt haben, die notwendig seien, um innerhalb der kürzesten Zeit die Verteidigung des Westens aufzubauen. Die Delegierten seien übereinstimmend der Ansicht, daß sich die Weltlage durch einen provokatorischen Angriff auf die südkoreanische Republik verschlechtert habe. Dadurch sei es notwendig geworden, daß die Atlantikpaktmächte alle nur möglichen Schritte zur Sicherstellung ihrer gemeinsamen Verteidigung durchführten. Die Delegierten sahen die Notwendigkeit der Fortsetzung der wirtschaftlichen Wiederaufbaupläne und der Sicherung der Stabilität im atlantischen Raum ein. Sie stimmten aber darin überein, daß wirtschaftliche Genesung und sozialer Wohlstand auf einem wirksamen System der Verteidigung aufgebaut sein müßten, dessen Verstärkung sich gegenwärtig notwendigere denn je erweisen habe.

Abschließend stellt das Kommuniqué fest, daß die Konferenz unterbrochen worden sei, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, mit ihren Regierungen über die bereits erzielten Verhandlungsergebnisse zu beraten.

Entscheidungskämpfe in Korea

Amerikaner weiter auf Pusan zurückgedrängt - Ernste Lage für die Verteidiger

Tokio (UP). An der gesamten koreanischen Front gingen die Kommunisten erneut zum Angriff gegen die amerikanischen Streitkräfte über. Bei strömendem Regen gelang es ihnen, einen Keil zwischen die amerikanischen und südkoreanischen Truppen zu treiben. Die nordkoreanische Offensive dient offensichtlich dem Ziel, die amerikanischen Linien aufzurollern, bevor Verstärkung eintrifft.

Der Angriff der Infanteristen wurde mit einem schweren Artilleriefeuer eingeleitet. Wegen der schlechten Wetterverhältnisse konnten die amerikanischen Luftstreitkräfte nicht in die Bodenkämpfe eingreifen und den hartbedrängten Landtruppen Unterstützung geben.

Der Hauptangriff richtete sich gegen das Verkehrszentrum Kumchon, einer Stadt mit 50 000 Einwohnern. Sollten die Amerikaner Kumchon verlieren, würden sie sich auf Taegu, weiter südöstlich nach Pusan zu, zurückziehen. Gleichzeitig trieb eine kommunistische Vorhut an der koreanischen Südküste nach Osten vor und drang in Chinju, 80 Kilometer vor Pusan ein. Vorher hatten kleinere nordkoreanische Verbände Hodong zurückerobert.

Die blutigste Schlacht spielte sich im Mittelabschnitt in Hwanggan ab. Dort wurde die erste amerikanische Kavalleriedivision zum Rückzug gezwungen. Die Ortschaft liegt an der Hauptstraße, die nach Taegu und Pusan führt. In der Gegend von Inchon konnten die Kommunisten in die Nahe der amerikanischen und südkoreanischen Verteidiger einbrechen.

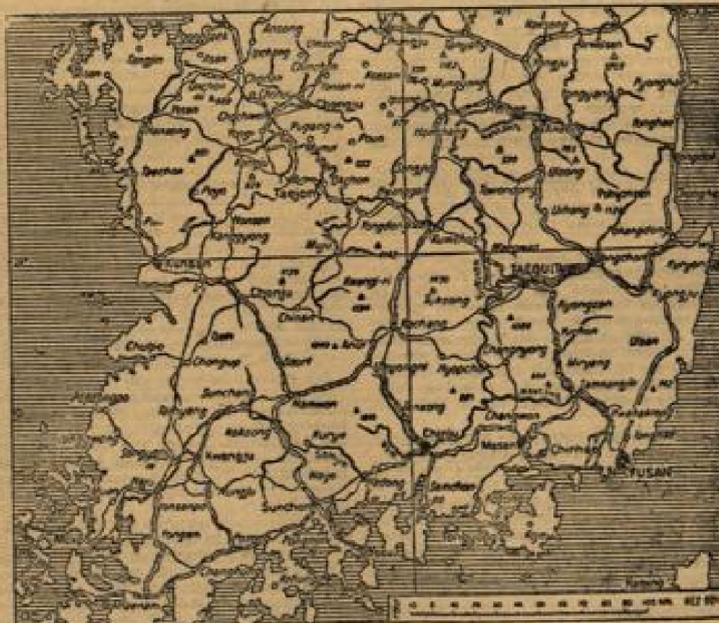
Die amerikanischen Luftstreitkräfte mußten sich darauf beschränken, Verkehrswege und Nachschublinien der Nordkoreaner in Pyongyang und Seoul mit Bomben zu belegen. Der Güterbahnhof in der nordkoreanischen Hauptstadt steht in Flammen. Einige Brücken über den Han-Fluß bei Seoul wurden beschädigt.

Im amerikanischen Hauptquartier in Tokio wird nicht der Versuch gemacht, den Ernst der gegenwärtigen Lage in Korea zu verkennen, von der man erwartet, daß sie innerhalb der nächsten 24 Stunden die Entscheidung bringen wird, ob es den amerikanischen Streitkräften noch möglich sein wird, ihren Verteidigungsbogen in Südkorea zu halten.

Deutsche in Nordkorea?

Ans der von den Nordkoreanern angewandten Strategie schloßen offizielle deutsche Kreise in Bonn, daß ehemalige deutsche Gewerkschaftsoffiziere an der Planung und Leitung der kommunistischen Operationen beteiligt sind. Es sei nicht unwahrscheinlich, so sagten diese deutschen Kreise, daß einige der 50 000 Deutschen, die in Armeen verschiedener Länder dienen, von der Sowjetunion nach Korea geschickt worden seien. Man will erfahren haben, 2000 bis 3000 ehemalige deutsche Offiziere und Mannschaften seien freiwillig in die Sowjetarmee eingetreten. Weitere 5000—8000 hätten sich den chinesischen Kommunisten zur Verfügung gestellt. Die Anhänger dieser Theorie halten es für bezeichnend, daß Ex-Marschall Paulus und der frühere General von Seydlitz noch immer nicht nach Deutschland zurückgekehrt sind, obwohl sie schon zu Anfang des Jahres erwartet worden seien.

Die Vermutungen deutscher Kreise stützen sich auch auf das taktische Vorgehen der Nordkoreaner, das stark an die ersten Feldzüge Hitlers erinnert: Durchbruch von Panzern, Einschließung des Gegners und schließlich Vernichtung im Kessel — von den Deutschen in Polen und zu Beginn des Rußlandfeldzuges praktiziert. Der Umgehungsstoß der Nordkoreaner auf den Hafen von Pusan ist nach Ansicht der deutschen Kreise das Gegenstück zum Panzervormarsch Rommels bis zur Kanalküste während des Frankreichfeldzuges.



Hinter der Atombombe

Von Willi Schickling

Die zahllosen Erklärungen der letzten Tage zum Weltthema Nummer 1, „Verteidigung und Sicherheit“, enthalten mehr oder weniger das Eingeständnis, daß der Westen gegenwärtig militärisch schwach ist. Gleichzeitig aber spricht aus ihnen das Bewußtsein der technischen Überlegenheit der westlichen Zivilisation gegenüber dem möglichen Gegner.

Am deutlichsten ergab sich dies aus dem fast sensationellen Enthüllungen Carl Vinsons, des Vorsitzenden des Militärausschusses im amerikanischen Repräsentantenhaus: Er nannte Vergleichszahlen, die die Landstreitkräfte der Sowjetunion als einen Goliath und die amerikanischen Landstreitkräfte kaum als einen David erscheinen lassen. Aber, so fügte Vinson hinzu: „Industriell sind wir überlegen. Mit der Atomwaffe sind wir weit voraus. Auch ist unsere Seemacht stärker und die strategische Luftmacht unübertroffen.“ In ähnlicher Weise charakterisierte Winston Churchill die Lage: Relative Schwäche der westlichen Landtruppen, aber Überlegenheit der amerikanischen Atomrüstung.

Was bedeutet das für die Situation der Bundesrepublik? Die stärkste „Sicherheitsgarantie“ der Westmächte scheint momentan die amerikanische Atombombe zu bilden. Oder um einen Vergleich aus dem täglichen Leben zu gebrauchen: Die Polizei kann möglicherweise den Überfallenen nicht ausreichend schützen, aber dem etwaigen Angreifer droht später eine so furchtbare Strafe, daß er sich vermutlich freiwillig überlegen wird, ob er angreifen soll.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben aber auf der anderen Seite gezeigt, daß die amerikanische Atombombe keine neue verbesserte „Magnet-Linie“ ist, „hinter“ der der Westen in Ruhe abwarten kann. Die Gefahr von bürgerkriegsähnlichen Zermürbungsaufgriffen an verschiedenen Stellen kann mit dieser Drohung nicht gebannt werden. Das letzte und stärkste Mittel ist nur anwendbar, wenn es „ums Ganze“ geht. Es liegt deshalb nahe, daß der etwaige Angreifer lieber versuchen wird, ein Stück nach dem anderen „aus dem Ganzen“ herauszubrechen, statt „aufs Ganze“ zu gehen.

In der Erkenntnis dieser Situation ist die westliche Welt erneut in fieberhafte Beratungen und Diskussionen darüber eingetreten, wie sich ihre schwachen Punkte militärisch, politisch und wirtschaftlich gegen alle solche Eventualitäten schützen lassen. Westdeutschland spielt in diesen Diskussionen eine immer größere Rolle. Ein Sprecher des State Department hat erneut versichert, daß die Vereinigten Staaten die Bundesrepublik „gegen einen etwaigen Angriff vom Osten her verteidigen“ würden. Aus dem fast unübersehbaren Wust von Erklärungen für und wider eine deutsche Aufrüstung scheinen sich jetzt folgende Resultate herauszuschälen:

Zur Verstärkung der westlichen Verteidigung soll die Bundesrepublik zwar keinen militärischen, aber einen wirtschaftlichen Beitrag leisten. Die deutsche Industrie könnte zum Beispiel Güter liefern, die — ohne daß man sie direkt als Kriegsmaterial ansprechen kann — doch zur Erhöhung der wirtschaftlichen Verteidigungskraft des Westens beitragen. Die Verwirklichung dieses Gedankens mußte zwangsläufig zu einer weiteren Lockerung der Deutschland auferlegten wirtschaftlichen Beschränkungen führen. Auch deckt sich diese Idee mit den Zielen des Schuman-Planes; stärkste Ausnutzung des westeuropäischen Wirtschaftspotentials durch gemeinsame Anstrengungen der westeuropäischen Völker.

Die geplante Verstärkung der deutschen Polizei ist, wie von alliierter Seite betont wird, nicht als militärische Maßnahme zu betrachten. Immerhin läßt sich dieser Schritt, der auf Erhöhung der inneren Sicherheit Westdeutschlands abzielt, als Teilaktion im „Kalten Krieg“ ansehen.

Die Atombombe bietet nur den „negativen“ Schutz, den eben ein Abschreckungsmittel gewähren kann. Der sicherste Schutz für die Bundesrepublik heißt nach weitverbreiteter Ansicht: Europa. In der Zusammenfassung aller politischen und wirtschaftlichen Kräfte der westeuropäischen Länder sieht man hier das Mittel, um alle inneren und äußeren Gefahren abzuwenden. Am Vorabend der neuen Sitzungsperiode des Straßburger Parlamentes, an der zum ersten Male deutsche Vertreter teilnehmen werden, hat jetzt der westdeutsche Bundestag diese Ansicht erneut unterstrichen: Mit großer Mehrheit nahm er eine Resolution an, in der der Abschluß eines „europäischen Bundespaktes“ und die Schaffung einer auf freien Wahlen gegründeten übernationalen Bundesherrschaft gefordert wird.

Im Ausland stößt diese Haltung weithin auf Verständnis. In einer Analyse der deut-

schon Überlegungen und Befürchtungen kommt zum Beispiel eine Schweizer Zeitung zu dem Schluß, man müsse der Ansicht des Bonner Bundestages beipflichten, daß nur ein einiges Europa die Chance hat, den Krieg über diese Zusammenballung aller Kräfte vermeidbar zu machen.

Regierungsentwurf zur Mitbestimmung Änderungen am Kriegsgesetz

Bonn (UP). Wenige Stunden nach dem einhelligen Beschluß des Bundestages, die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts in Angriff zu nehmen, ließ die Bundesregierung durch einen offiziellen Sprecher die Vorlage eines Regierungsentwurfs zu diesem Problem ankündigen.

Der Entwurf des Kabinetts wurde bereits beraten, konnte jedoch noch nicht verabschiedet werden. Der Regierungsentwurf ist damit die dritte Vorlage zur Lösung des Mitbestimmungsrechts, nachdem der Bundestag je einen Entwurf der CDU/CSU und der SPD an die Ausschüsse für Arbeit und Wirtschaft überwiesen hatte. Ein Regierungssprecher sagte, daß die Bundesregierung zunächst nur einen Entwurf für die Regelung des innerbetrieblichen Mitbestimmungsrechts vorlegen werde. Ein weiteres Gesetz über die überbetriebliche Mitbestimmung soll folgen. Der Regierungsentwurf wurde in erster Linie alle jene Punkte enthalten, über die bereits zwischen den Sozialpartnern eine Einigung erzielt worden sei.

Das Bundeskabinett hat ferner eine Anzahl von Änderungen am sogenannten Versorgungsgesetz (Kriegsgesetz) vorgenommen. So sollen Kriegsschädigte, die ein monatliches Einkommen von über 800 DM haben, keine Rente erhalten. Die Länder werden mit 25 Prozent an der Aufbringung der Mittel — insgesamt rund 3,5 Milliarden DM — beteiligt.

Die Bundesregierung hält eine Senkung der Kaffee-, Tee- und Tabaksteuer im gegenwärtigen Augenblick für verfrüht und begründet diesen Standpunkt mit dem Hinweis, daß die kürzlich angekauften Maßnahmen gegen den Schmuggel bereits beachtliche Erfolge erzielt hätten.

Entlassung Erhards abgelehnt

„Hammelsprung“ entschied gegen SPD-Antrag — Eine drastische Äußerung und ihre Folgen

Bonn (UP). Mit 181 gegen 142 Stimmen bei 25 Enthaltungen lehnte der Bundestag zu Beginn seiner 81. Sitzung die von der SPD geforderte Entlassung des Bundeswirtschaftsministers ab. Dieser Entschluß mußte durch „Hammelsprung“ herbeigeführt werden.

Erhard hatte kürzlich vor einem großen Kreis von Industriellen in München erklärt, bei der Beschlußfassung über die Frage der Subventionen im Bundestag seien „Hysteriker als Wirtschaftsfachleute“ am Werk gewesen. Professor Carlo Schmid (SPD) erklärte in der Antragsbegründung, daß es mit der Würde des Parlaments unvereinbar sei, wenn es auf eine solche „Beschimpfung“ nicht entsprechend reagiere.

Bundeswirtschaftsminister Erhard erwiderte auf den Antrag der SPD: „Das könnte Ihnen so passen“, und erklärte, er habe mit seinen Worten weder das Haus im gesamten, noch eine Fraktion oder eine Person gemeint.

Die Sprecher der CDU und FDP gaben zwar auch ihrer Ansicht Ausdruck, daß die Äußerung Erhards nicht zu verteidigen sei, und daß die Minister etwa zurückhaltender in ihren Reden sein sollten, sprachen sich aber entschieden gegen den SPD-Antrag aus. Als einziger Sprecher stellte sich der Vertreter der Deutschen Partei voll und ganz hinter den Bundeswirtschaftsminister.

Der Bundestag ratifizierte anschließend durch Annahme eines entsprechenden Gesetzentwurfes das Handelsabkommen zwischen der Bundesrepublik und Pakistan. Die Mehrheit des Hauses sprach sich außerdem für Ratifizierung des deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens aus.

Ein FDP-Antrag über die bevorzugte Wiederverwendung der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes wurde zur weiteren Erledigung an den Ausschuss für Beamtenrecht geleitet. Der Gesetzentwurf der Regierung zur Erfüllung des Artikels 131 — Rechtsstellung der vertriebenen Beamten und Wehrmacht-

angehörigen — soll sofort nach den Ferien vom Parlament behandelt werden.

Ein Antrag des Ausschusses für Wirtschaftspolitik, weitere Hilfemaßnahmen für Watenstedt-Salzgitter einzuleiten, wurde einstimmig, ein FDP-Antrag, die Bundesregierung aufzufordern, die Fortführung der Schulspesen sicherzustellen, mit großer Mehrheit angenommen.

Gegen wenige Stimmen wurde ein SPD-Antrag angenommen, die Bundesregierung für beschleunigte Vorlage eines Gesetzes zur Flurbereinigung zu veranlassen. Nach fast dreistündiger Beratung verabschiedete das Plenum endgültig das Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtsseinheit auf dem Gebiet der Gerichtsverfassung, der Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts in dritter Lesung.

Der Bundestag ging nach einem Endspurt von über 34 Sitzungstagen in die planmäßigen Sommerferien, nachdem in 48 Tagungs- und Plenarsitzungen in den letzten drei Tagen nahezu bedeutende Gesetzeswerke verabschiedet hatte.

Bundesratist „befremdet“

Während die Abgeordneten des Bundestages ihre Koffer packten, um in die Ferien zu reisen oder sich für die Fahrt nach Straßburg zum Europarat vorzubereiten, begann der Bundesrat eine Routine-sitzung mit der Forderung, die deutsche Straßburg-Delegation neu zu wählen, da der Bundesrat in ihr nicht vertreten sei. Der Bundesrat, der entgegen dem Bundestag keine Sommerferien einlegt, billigte zu Beginn eine Resolution, in der eine Neuwahl der Delegation auf Grund eines vom Bundesrat vorgelegten Wahlgesetzes verlangt wird. Darin hatte der Bundesrat die Teilnahme von mindestens sechs seiner Mitglieder in der Delegation gefordert. Der Bundesrat drückte sein Befremden aus, daß er zu diesen Wahlvorschlüssen weder von der Regierung noch vom Bundestag eine Antwort erhalten habe.

Der Bundesrat billigte gegen die Stimmen von Baden, Hessen und Rheinland und bei Stimmenthaltung Bayerns das Luxussteuer-gesetz, zwei Tage, nachdem sich die Länderfinanzminister gegen eine solche neue Steuerbelastung ausgesprochen hatten.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses Dr. Kaufmann (Württemberg-Baden) empfahl die Annahme der Vorlage von weiten Kreisen der Bevölkerung gerade jetzt, wo im Ausland Steuern erhöht werden, nicht verstanden würde. Auch die Bedenken, die Luxussteuer beeinträchtige die Exportfähigkeit der betroffenen Wirtschaftszweige und vergrößere dadurch die Arbeitslosigkeit, könnte den Ausschuss von der Befürwortung der Aufwendungssteuer (Luxussteuer) nicht abbringen. Für die Erhebung einer Spesenabgabe bei Aufwendungen für die Bewirtung von Geschäftsfreunden sprach sich der Bundesrat einstimmig aus.

Weiter setzte der Bundesrat in einer Verordnung den Schlüssel für die Verteilung der aus Polen und der Tschechoslowakei ausgewiesenen Deutschen im Bundesgebiet fest. Danach werden die Flüchtlinge zu 60 Prozent in die französische Zone und zu je 20 Prozent in die amerikanische und britische Zone eingewiesen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stimmte der Bundesrat mehreren Gesetzesentwürfen zu und überließ einen Antrag dem zuständigen Ausschuss, durch den die Bundesregierung ersucht werden soll, den Bundesrat in den Außenhandelsrat des Bundestages einzuschalten.

Bundestag und Bundesrat einigten sich ferner auf eine Neufassung des „zweiten Änderungs-gesetzes für die Biersteuer“. Diese Neufassung war erforderlich, weil folgender Satz in das Gesetz eingefügt werden soll: „Das Biersteuerveränderungsgesetz tritt am 14. Tage nach seiner Verkündung in Kraft“. Damit soll die baldige Auswirkung der Biersteuer-senkung gesichert werden.

„Halbanarchie“ in Belgien

400 000 Arbeiter im Ausstand — Bahoverkehr in völliger Verwirrung — Zusammenstöße und Plünderungen

Brüssel (UP). Die belgische Regierung plant im Hinblick auf die Zusammenstöße zwischen Anhängern und Gegnern Leopolds mehrere Tausend belgische Soldaten aus den besetzten Gebieten Westdeutschlands zur Unterstützung der Polizei abzubereiten.

Ungefähr 5000 Soldaten waren bereits vor der Ankunft des Königs nach Brüssel beordert worden und sind bisher nicht wieder in ihre Standorte zurückgekehrt. Bei den Unruhen in der Umgebung der königlichen Residenz wurden nach vorliegenden Berichten 9 Personen schwer und 57 leicht verletzt.

Fast 100 000 streikende Arbeiter belagerten in den Zustand einer Halb-Anarchie verstrahlt. Ein Regierungssprecher bezeichnete die Lage als „sehr kritisch“. In Brüssel wurden mehrere Taxis auf den Kopf gestellt und Straßenbahnwagen umgeworfen. Polizeitruppen stießen mit etwa 1000 Demonstranten zusammen, die unter der Führung der Abgeordneten Isabelle Blum gegen das „Bon Marché“, das letzte größere noch offene Warenhaus Brüssels, vorgingen, nachdem sie kurz zuvor zwei andere Geschäfte zum Schließen gezwungen hatten. Die Polizei trieb die Streikenden mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben zurück. Langsam gab die Menge nach. Einige Minuten später beruhigten sich die Demonstranten, als die blöde, pausbackige und rotschichtige Blum aus dem Warenhaus trat und verkündete, daß die Geschäftsführung das Geschäft schließen werde. Streikposten wurden vor das Haus gestellt, dann zog die Demonstranten zu einem anderen Warenhaus. Schließlich hatte die Menge jedes Geschäft auf der Rue Neuve, Brüssels belebtester Geschäftsstraße, zum Schließen gezwungen.

Die Eisenbahnen befinden sich — einem Regierungssprecher zufolge — in völliger Verwirrung. In Lüttich nimmt die Nahrungsmittellage bedrohliche Formen an, da die Streikenden jetzt auch Lebensmittelzüge zurückhalten. Die allgemeinen Streiks haben sich auf Flandern ausgedehnt und bedrohen die Hafenside Antwerpen und Gent. In Wallonien ist an verschiedenen Orten die Plünderung im Gange.

Am Freitagabend kam es in Brüssel erneut zu mehreren schweren Zusammenstößen zwischen leopoldfeindlichen Sozialisten und belgischen Polizeiverbänden. In der Nähe des Brüsseler Opernhäuses ereignete sich der schwerste Zusammenstoß, bei dem über 100 Polizisten gegen eine Gruppe von Jungsozialisten vorgingen. Bei dem sich dabei entwickelnden Handgemachte wurden zwei Jugendliche schwer verletzt. Die Drucker des Gesetzes- und Verordnungsblattes der belgischen Regierung „Le Moniteur“ sind in den Streik getreten, wodurch es der Regierung nicht mehr möglich ist, Gesetze zu verkünden.

Leopoldfeindliche streikende Arbeiter setzten sich am Freitagabend auf einem der größten Plätze Lüttichs mit Handgranaten und Feuerwaffen gegen die eingreifende belgische Polizei zur Wehr. Nach bisherigen Meldungen wurden sechs Personen schwer verletzt.

Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Belgiens lehnte eine Einladung des Königs ab, der ihn aufforderte, zu einer Besprechung in den königlichen Palast zu kommen.

Der belgische Ministerpräsident Davieux art richtete am Freitagabend in einer Rundfunkansprache einen Appell an die Bevölkerung, politische Duldsamkeit zu üben. Er sagte, das Streikrecht werde voll anerkannt, aber ebenso müsse das Recht auf Arbeit gewahrt werden. Die Regierung werde energische Maßnahmen ergreifen, um die Einschüchterung derjenigen zu verhindern, die arbeiten wollten. Die Regierung werde ferner dafür sorgen, daß die Produktion mit allen Mitteln sichergestellt wird. Der Ministerpräsident sagte weiter, König Leopold erwäge bereits Maßnahmen zur Einigung des Landes. Er führe zur Zeit darüber Beratungen.

François-Poncet in Oberammergau. Der französische Hohen Kommissar in Deutschland, François-Poncet, besuchte mit Gattin und Tochter das Passionsspiel in Oberammergau und fuhr nach Oberstdorf weiter.

Was führt Moskau im Schild?

Rückkehr der Sowjets in den Weltätherleisatz löst allgemeines Rätselraten aus.

Lake Success (ZSH). Der unerwartete Entschluß der Sowjetunion, in den Weltätherleisatz zurückzukehren, hat in diplomatischen Kreisen der UN und der westlichen Hauptstädte lebhaft Überraschung ausgelöst und Anlaß zu zahlreichen Kombinationen und Vermutungen gegeben.

Aus der Fülle von Spekulationen über das „neue rätselhafte Manöver des Kreml“ schälte sich nach Ansicht westlicher Diplomaten in der Hauptsache folgende fünf Möglichkeiten heraus:

1. Die Sowjetunion hat neue Angriffspläne und will zur Hand sein, um gegen die zu erwartenden Sanktionen der UN ihr Veto einzulegen.
 2. Sie hat sich entschlossen, im koreanischen Konflikt zu vermitteln, um einen dritten Weltkrieg zu verhindern.
 3. Moskau ist entschlossen, die Maßnahmen der UN zur Unterstützung Südkoreas zu blockieren und zu verhindern, daß die Mac Arthur unterstehenden Streitkräfte als solche der UN bezeichnet werden können.
 4. Rußland hofft, Nationalchina aus dem Sicherheitsrat entfernen und dafür die chinesischen Kommunisten hereinbringen zu können.
 5. Der Kreml sieht seinen diplomatischen Fehlschlag in Korea ein und will mit dem Wiedereintritt in den Sicherheitsrat so unauffällig wie möglich darüber hinweggehen.
- Übereinstimmend ist man der Ansicht, daß die Sowjetregierung auf alle Fälle erneut vorstößt, um einen Delegierten der kommunistischen Regierung Chinas in den Rat zu bringen. Die Aussichten auf einen Erfolg derartiger Bemühungen werden jedoch als gering angesehen.

Das geschlossene Vorgehen des Weltätherleisatzes gegen die Kommunisten in Korea könne — so meint man in Lake Success — von der Sowjetunion nicht mehr gestoppt, höchstens verzögert werden, indem sie gegen weitere Beschlüsse ihr Veto einlege. In diesem Falle habe UN-Generalsekretär Trygve Lie jedoch die Möglichkeit, die UN-Vollversammlung einzuberufen und das sowjetische Veto im Sicherheitsrat überstimmen zu lassen. Sollte innerhalb der UN das koreanische Problem durch Verhandlungen gelöst werden können, so fahren unterrichtete Kreise fort, ließe sich dieser Erfolg vom Westen als ein Sieg der Weltorganisation bezeichnen. Die Sowjetunion könne ein derartiges Ergebnis in ihrer Propaganda als Beweis sowjetischer Friedensliebe feiern lassen. Bei dieser Propaganda würde man in Moskau gewiß nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß die Sowjetunion vermittelt habe, als die Kommunisten in Korea auf ihrer höchsten militärischen Erfolgshöhe standen und das Prestige der Westmächte stark erschüttert war.

„Oane Neuigkeiten“

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen trat am Freitag zusammen, um sich mit dem ersten Bericht der UN-Streitkräfte in Korea zu beschäftigen. Da der sowjetische Oberdelegierte Malik die Übernahme des Vorsitzes des Sicherheitsrates ab 1. August bekanntgegeben hat, hatte man teilweise angenommen, daß die sowjetische Delegation plötzlich erscheinen könnte. Nichts dergleichen geschah, und der Sicherheitsrat vertrat sich eine Stunde später, ohne daß ein Delegierter die sowjetische Entscheidung erwähnt hätte.

„Wenn ein anderer verhaftet und vor Gericht gestellt worden wäre, Herr Kommissar — dann hätte ich sofort mein Schweigen gebrochen“, versicherte der Buchdrucker. „Aber ich dachte, man könne im Ernst niemand etwas anhaben — weder den Geschwistern Deeg noch Hyan, Christine, Korff und wie die Verdächtigen alle hießen. Ich habe mich in der Hoffnung gewiegt, daß der Fall eben nicht aufgeklärt werden könnte. Es wäre kein Unglück gewesen, denn ich hatte ja kein Verbrechen begangen. Kinsky hat seinen Tod selbst verschuldet.“

„Sie sehen, die Sache ist doch aufgeklärt worden! Und nun zeigen Sie mir einmal den bewußten Banknoten-Druckstock und die Kleider, die Sie in jener Unglücksmacht getragen haben.“

„Es sprach zu Pausewangs Gunsten, daß er nichts beiseite gebracht hatte. Der Anzug zeigte deutlich die Spuren des Kampfes; auch an Pausewangs Stirn ließ sich noch die Verletzung nachweisen, die ihm Kinsky beigebracht hatte. Allmählich schien der Kommissar seine Zweifel fallen zu lassen. „Wir wollen abwarten, was der Staatsanwalt dazu sagt“, erklärte er undurchsichtig, aber in wärmerem Ton. „Vorläufig muß ich Sie natürlich in Haft nehmen.“

Der Buchdrucker hatte seine Haltung wieder zurückgewonnen. Mit einem Anflug grimmigsten Humors entgegnete er: „Verfügen Sie über mich. Ich schicke mich in das Unvermeidliche. Das Leben ist eine Komödie — ich habe gestern meine Ansicht dargelegt. Nun hat das Stück, in dem ich mitspielen die Ehre habe, eine neue Wendung genommen. Ich bin auch damit einverstanden. Es wird sich ja zeigen, ob der Schluß tragisch ausfallen wird oder nicht.“

Der Anwalt klopfte ihm ermunternd auf die Schulter. „Kopf hoch, mein Lieber!“ mahnte

er zuversichtlich. „Ihre Aussichten liegen günstig. Und wenn es zu einer Anklage kommt: ich werde Sie herausstellen.“

Pausewangs Geständnis wurde in der Pension Claudius mit Blitzesschnelle bekannt. Die Auswirkung war bemerkenswert: die fieberhafte Spannung, die in den letzten Tagen untrügeliche Formen angenommen hatte, fiel mit einem Schlage und wich einer festlichen, versöhnlichen und ausgelassenen Jubelstimmung. Die Ehepaare Berend und Brückmann, die sich erst kürzlich so gründlich verfeindet hatten, setzten sich ohne Umstände wieder zusammen und unterhielten sich aufs freundlichste, als ob nie eine Mißstimmung aufgetreten wäre. Frau Bratt trug eine milde Sanftmut zur Schau, sie äußerte, daß doch nie so heiß gegessen wie gekocht werde, und nahm ihre unheilvollen Prophezeiungen zu einem Großteil zurück. Wenk gegenüber versicherte sie, daß Irren menschlich wäre; er möge ihr verzeihen, daß sie ihn während seiner unerklärlichen Abwesenheit in Verdacht gehabt hätte — sie bitte in aller Form um Entschuldigung.

Der Anwalt lachte; er sah nicht den mindesten Anlaß, ihr etwas nachzutragen. Auch Jelinek atmete auf. Und der düstere Rhomben benahm sich so unbefangen, daß er allenhalben Sympathien gewann. Die Atmosphäre war gründlich gereinigt. Niemand schien sich der gegenseitigen Verdächtigungen mehr zu entsinnen, die Erinnerung daran war wie ausgelöscht.

Lil Deeg wurde plötzlich mit besonderer Zu-vorkommenheit behandelt, so als ob man ihr besonders etwas abzubitten hätte. Zwar war ihre Schwester noch nicht zurückgekehrt, doch nahm niemand mehr an ihrer Abwesenheit den geringsten Anstoß. Des Liebespaars Christine-Hyan wurde verschleudert mit ehrlicher Anteilnahme gedacht. Man wünschte

den beiden eine glückliche Zukunft. Für Pausewangs Tat fand man einstimmig Entschuldigungsgründe. Selbst Kinsky, der seinen Tod gewissermaßen selbst verschuldet, wurde um ein Geringes milder beurteilt. Man bedachte die Verstrickungen und Leidenschaften, die manchen Menschen zum Scheitern brachten, und sprach von den Versuchungen, denen ein solch schwacher Charakter unterliegen kann.

Auch das Ehepaar Claudius zeigte heitere Mienen. Carol Claudius war noch am Nachmittag nach Baden-Baden gefahren und hatte mit seiner Tochter eine Aussprache herbeigeführt. Es war eine Versöhnung zustande gekommen. Claudius hatte sich damit einverstanden erklärt, daß Lotte eine Zeitlang ihr Glück als Tänzerin versuche. Er trug sich dabei mit der Hoffnung, daß sie die Tanzerei bald satt bekommen würde. Wenn sie die Schattenseiten dieses selbst erwählten Berufes zur Genüge kennenlernte, dann, so dachte er sich, würde sie vorziehen, zu ihm zurückzukehren. Er rückte, seiner Frau gegenüber, sogar wieder mit seinem Lieblingsgedanken heraus: daß Lotte später die so vorbildliche Pension Claudius als schönes Vermächtnis übernehmen und weiterführen würde, zusammen mit ihrem Mann, wenn sie einmal verheiratet wäre.

Nun, da den Pensionären nichts mehr im Wege stand, wurden auch die Abreisepläne besprochen. Wenk war bereits am Abend auf der Station gewesen und hatte sich nach den Zugverbindungen erkundigt. Am nächsten Morgen fand er sich erneut am Bahnhof ein; und gegen Mittag tauchte er nochmals auf, angeblich weil ihm die herausgeschriebenen Züge nicht zusagten. In Wirklichkeit wartete er darauf, daß ein gewisser Jemand ankommen würde. Und er täuschte sich nicht.

(Schluß folgt)

S Pension Claudius
KRIMINALROMAN
von Hans Otto Stacht

41. Fortsetzung

Langsam hob der Überraschte den Kopf. Ein Leuchten kehrte in seine erloschenen Augen zurück. Er holte tief Atem. Und er ergriff die dargebotene Hand und drückte sie.

Immer noch lag das Lächeln auf Kerstens Gesicht, während er die Szene betrachtete. „Sie sind ein merkwürdiger Kauz, Wenk“, meinte er dann trocken. „Erst überführen Sie höchst persönlich den Täter. Und dann spielen Sie sich prompt als sein Verteidiger auf.“

„Weil ich fühle, daß er die Wahrheit sprach“, entgegnete der Anwalt ernst. „Übrigens gedanke ich mich keineswegs damit zu brüsten, Pausewang überführt, oder wenigstens ihn zum Sprechen gebracht zu haben. Diesen Ruhm überlasse ich ganz allein Ihnen, Herr Kommissar. Ich trete Ihnen nicht zu nahe.“

„Ich wäre allerdings auch noch selbst darauf gekommen“, behauptete Kersten mit einem Seitenblick auf Wenk. „Ich habe Photos von dem Mordwerkzeug schon vor einiger Zeit meiner Kriminalabteilung eingesandt. Und ich warte jeden Tag auf das Ergebnis. Sie dürfen versichert sein: ich hätte die nötigen Folgerungen daraus gezogen.“ Und zu Pausewang gewandt: „Schade, daß Sie mir nicht bei meinem gestrigen Besuch Aufschluß gegeben haben. Immerhin verstehe ich nun Ihren erstaunlichen Ratschlag, die Akten vorzeitig zu schließen und einem unbekanntem Vagabunden die Schuld zuzuschreiben.“

Aus der Stadt Ettlingen

Sommerferien

Nun ist es also so weit: Die langerwarteten Sommerferien unserer Schulen sind da! Mit lautem Jubel lassen Jungen und Mädchen das Schulgebäude hinter sich, und zu Hause wandern Ranzen, Bücher und Hefte dorthin, wo man sie möglichst die ganze Ferienzeit über nicht zu Gesicht bekommt. Jetzt winken allerlei Verheißungen, vor allem aber, daß man wochenlang nichts zu lernen braucht. Freilich wird es nicht an Ermahnungen der Eltern fehlen, die hier und da den kleinen Wildfangen, Griffel oder Federhalter wieder in die Hände zu drücken versuchen, aber meist ist es ein fruchtloses Bemühen; und wenn die Zeugnisse zur Zufriedenheit ausfallen sind, so haben weise Elternpaare auch Verständnis dafür, schließlich waren auch sie einmal jung.

Groß ist die Freude, wenn die Kinder zusammen mit den Eltern verreisen dürfen, aber man fährt auch gerne allein zur Tante aufs Land oder besucht für einige Wochen den Onkel in der Stadt. Für sie alle, ob sie nun in die Ferne ziehen oder auch in den heimlichen Gefilden verweilen, beginnt nun eine sonnige und sorgenlose Zeit. Herrlich dünkt es einem, morgens recht lange im Bett bleiben zu können, bis die Sonne aufmunternd durch die Fenster lacht, und die anderen stellen bereits in aller Herrgottsfrühe das ganze Haus auf den Kopf. Da eilt man gemeinsam zum Baden, kleine Gruppen treffen sich, um miteinander zu spielen, längt besprochene Ausflüge und Wanderungen werden in die Tat umgesetzt. Und lachend, mit gespielter Verzweiflung ruft sich die Mutter die Haare über ihren Bengel, der auf die dümmsten Streiche kommt; seufzend stellt sie nach den letzten Ferienwochen fest, daß es bald höchste Zeit für den Beginn des neuen Schuljahrs ist.

Ist es dann wieder so weit, so greift manch eines etwas mühsam zu den Schulgeräten, um sich mit etwas bitterem Geschmack im Mund wieder auf die hölzernen Bänke zu setzen. Aber bald ist auch dieser Schmerz überwunden. Und während wieder über den Schulaufgaben geschwitzt wird, denkt man daran, daß ja schon die Herbstferien in Aussicht sind.

Der städtische Voranschlag für 1950

wurde, wie aus der Bekanntmachung im Anzeigenteil hervorgeht, von der staatlichen Aufsicht genehmigt. Wer den Haushaltsplan, über den die EZ am 12. 7. und 13. 7. berichtet hat, einsehen will, kann dies bis 6. Aug. in Zimmer 11 tun. Die Haushaltsatzung ist an der Rathaustafel angeschlagen.

Die Leser der Volksbücherei

werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß heute und morgen letztmals die Rückgabe von entliehenen Büchern erfolgen kann. Sämtliche Bücher werden benötigt, da die Volksbücherei im August durch die Staatliche Volksbüchereistelle Heidelberg auf ein neues Entleihsystem umgestellt wird.

Spätjahrgesellenprüfungen 1950

Die Spätjahrgesellenprüfungen 1950 finden statt in der Zeit vom 2. Oktober bis 18. November 1950. Anmeldeschluß für die Teilnahme an der Gesellenprüfung ist der 2. September 1950. Zur Spätjahrgesellenprüfung 1950 kommen alle Handwerkslehrlinge, die in der Zeit vom 1. 7. bis 31. 12. 1950 auslernen. Die Anmeldungen zur Prüfung sind mit den vorgeschriebenen Unterlagen bei den Vorsitzenden der Gesellenprüfungsausschüsse einzureichen. Nähere Auskunft erteilt die Handwerkskammer, Karlsruhe, Ettlinger Str. 29.

Starke Gewitter

Die vor allem in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag niedergelassenen Gewitter und Blitzeinschläge haben glücklicherweise keine größeren Schäden verursacht. Die Wassermassen haben diesmal besonders viel Erdreich mitgerissen, so daß die Alb zeitweise gelbbraun gefärbt war. Nur aus Reichenbach liegt eine Schadensmeldung vor.

Eine Gefahrenstelle

Die Herrenalber Straße, die Hauptverkehrsstraße zwischen Ettlingen und Karlsruhe ist nach dem Umbau jetzt teilweise für den Verkehr freigegeben. Drei Wochen werden allerdings noch vergehen, bis die letzten Arbeiten beendet sind. Neben dem verbesserten Radfahrweg und der breiteren Straße wird eine der gefährlichsten Stellen im Straßenverkehr, die schon mehrmals Ursache von Zusammenstößen war, verschwunden sein.

Kauf Bausteine für Schwimmbadbau

Der Verkauf der Bausteine für den Schwimmbadbau hat begonnen. Die Schwimmwettkämpfe gegen den Wassersportverein Speyer zeigen wieder einmal mehr, wie wichtig der Bau einer größeren Schwimmhalle ist. Neben dem verbesserten Radfahrweg und der breiteren Straße wird eine der gefährlichsten Stellen im Straßenverkehr, die schon mehrmals Ursache von Zusammenstößen war, verschwunden sein.

Die Stadtverwaltung Ettlingen nimmt diese Spende gegen Verkauf von Bausteinen zum Preis von -50, 1- und 5- DM entgegen, die in den nächsten Tagen in den Haushaltungen angeboten werden.

Bereits-Nachrichten

Gesangsverein „Liedertafel“

Heute abend 18.30 Uhr beginnt die Begrüßung der Gäste aus Oberkirch unter Mitwirkung der Kapelle des Musikvereins. Die Sänger werden gebeten, sich pünktlich 18.15 Uhr auf dem Marktplatz einzufinden.

Jugendheim vor der Einweihung

Eine vorbildliche Gemeinschaftsstätte Verwaltungsrat und Jugendring vor neuen Aufgaben

Am 16. Mai wurde zwischen Ettlingen und den amerikanischen Dienststellen ein Vertrag über die Errichtung eines Jugendheims abgeschlossen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in diesem Vertrag die „Einwohner der Stadt Ettlingen“ als die Eigentümer genannt werden, in deren Namen die Stadt Ettlingen unterzeichnet. Das neue Jugendheim, das inzwischen neben der ehemaligen Jahnhäuser entstanden ist, soll also allen Ettlingern gehören. In Verbindung mit dem Gemeinderat wurde deshalb ein Verwaltungsrat gebildet, der für diese gemeinnützige Einrichtung verantwortlich ist. Ihm gehören neben dem Jugendring und seinem Förderkreis eine Reihe von Eltern, Lehrern und Gemeinderäten an, die sich alle bereit erklärt haben, bei der Jugendbetreuung mitzuwirken.

In seiner Sitzung am Freitagabend hat dieser Verwaltungsrat des Jugendheims Ettlingen Bürgermeister Rimmelpacher als vorläufigen Vorsitzenden gewählt. Außerdem wurde ein Finanzausschuß eingesetzt, der die Stiftungen für das Jugendheim zweckentsprechend anlegt. Zunächst wird Mobiliar für die 9 Gemeinschaftsräume und die nachträglich angebaute Küche angeschafft. In dem Heim stehen auf einstimmigen Beschluß des Verwaltungsrats ab 9. August der Ettlinger Arbeiterwohlfahrt tagsüber 5 Räume für die Kindererholung zur Verfügung. In den übrigen Räumen kann die Ettlinger Jugend vom gleichen Zeitpunkt an sich tagsüber aufhalten und abends können sämtliche Räume von der Jugend benutzt werden.

Ein anderer Ausschuß des Verwaltungsrats

befaßt sich mit der Programmgestaltung und Hausordnung. Dieser Programmausschuß ist personell gleich mit dem Förderkreis des Jugendrings, so daß auch in Zukunft eine Reihe von Erwachsenen der Jugend helfend zur Seite stehen werden. Im Jugendheim können die Jugendverbände ihre Abende gestalten. Auch die nichtorganisierte Jugend kann dort ihre Freizeit verbringen. Dafür wird eine Bücherei eingerichtet und manches andere für Unterhaltung und Belehrung angeschafft.

Die Einweihung des Jugendheims, das Dank der Vermittlung von Resident Officer F. Gardner und der amerikanischen Jugendbetreuung (GYA) hier errichtet wurde, soll am 18. 18. Uhr, stattfinden. Dann wird die Ettlinger Jugend etwas ihr eigen nennen können, was bei verantwortungsbewusster Pflege und Benützung sich segensreich für die Veredlung der gesamten Einwohnerschaft und vor allem der jungen Generation auswirken wird. Bei der Einweihung sprechen Bürgermeister Rimmelpacher, Jugendringleiter Hans Weiler und der Leiter des Förderkreises, Dr. F. A. Bran.

Auch die Jugendherberge, die jetzt noch durch eine Mädchenabteilung erweitert wurde, soll während der Silyllatage, nämlich am Sonntag, 6. August, nachmittags, durch den Badischen Jugendherbergverband, die Stadt und die Jugend eingeweiht werden. Ettlingen kann stolz darauf sein, zwei so vorbildliche Einrichtungen für die Jugend geschaffen zu haben.

„Werdet keine Diener der Masse“

Die Schlußfeier des Realgymnasiums Ettlingen

Mit einer eindrucksvollen Feierstunde verabschiedete sich das Realgymnasium von seinen Abiturienten. Studienrat Weh mit seinem Orchester, der Chor und einzelne Sprecher gaben den feierlichen Rahmen zu dieser Veranstaltung nach der die Schüler diesen neuen Abschnitt ihres Lebens beginnen.

Direktor Bissinger richtete warme Abschiedsworte an die Abiturienten, die nach einer Zeit, die sie in der Gemeinschaft der Schule verbracht haben, an der Scheide zwischen zwei Lebensabschnitten stehen. Aus der Geborgenheit der Schule werden sie nun hinausgehen in das Leben, das vielleicht manche hart anfassend wird. Die Verantwortung wird die bisherigen Schüler mit eigenen Kräften den Weg finden lassen in das fernere Dasein. Zwei Dinge habe jeder Schüler auf diesen Weg mitgenommen: Der Grundstock des Wissens, den jeder Schüler erlernt, wird ihm die Fähigkeit geben, in seinem künftigen Beruf ein wertvolles Glied der Gemeinschaft

des Volkes zu sein. Er wird mithelfen an dem Bau unseres Staates. Als zweites Gut wird dem Schüler der Hauch eines Geistes mitgegeben, den wir schlicht Humanität nennen, die Güter, die das Leben erst lebenswert machen. Diesen Schatz wird er bis an sein Ende nicht verlieren. Wenn er in Not und Bedrängnis geraten sollte, dann wird er sich daran wieder aufrichten können.

Viele der Schüler, die heute zum letzten Mal in ihrer vertrauten Schulgemeinschaft weilen, hat das Leben schon in jungen Jahren hart angefaßt. Härte und Grausamkeit mußten sie schon kennenlernen. Wenn sie jetzt hineingeworfen werden in den Kampf des Lebens, dann werden sie dem nicht unwissend gegenüberstehen.

Direktor Bissinger gab den Abiturienten den Wunsch mit auf den Weg, keine Diener der Masse zu werden, sondern die eigene Persönlichkeit zu wahren.

Morgen Gartenfest in der Spinnerei

für diesen einen Abend Karten zu erhalten, hat den Film damals sehen können.

Nach mehr als fünfzehnjähriger Pause bringt nun die Deutsche London-Film dieses Werk wieder nach Deutschland. Die Jugend hat damit zum ersten Mal Gelegenheit, die Bergner zu sehen. Den Älteren aber winkt die Freude des Wiedersehens.

Der Film schildert die ersten Ehejahre der deutschen Prinzessin von Anhalt-Zerbst neben dem russischen Kronprinzen Peter und den Anfängen der kleinen Prinzessin zur mächsigsten Herrscherin des Ostens, zu der weltberühmten Katharina der Großen. Der besondere Reiz liegt in der unvergleichlichen Schauspielkunst der Bergner. Die Ausstattung und der Rahmen des Films sind von der schon sprichwörtlich gewordenen „Kordak-Klasse“: Gewaltige Massen von Komparsen und vor allem eine mitreißende Story, die zum Herzen aller Menschen spricht. Es ist ein Bergner-Film allererster Klasse. (Bis einschließlich Montag in den Union-Lichtspielen.)

Die Meinung des Lesers:

Auskunft 15 Pfennig

Seit einigen Tagen haben die Telefonistinnen des Postamts Ettlingen anscheinend die Anweisung erhalten, die Verbindung zwischen dem Fernsprechteilnehmern nur herzustellen, wenn die Nummer des verlangten Anschlusses angegeben wird. Selbst Verbindungen, die oft verlangt werden, kann das Amt nur mit Nummer vermitteln. Falls die Nummer des Apparates des Teilnehmer nicht bekannt ist, muß er für die Auskunft 15 Pfennig bezahlen.

Selbstverständlich kann die Anordnung nicht angefochten werden, denn auch andere Fernsprechteilnehmer verlangen diese Unkostengebühr. Aber beim Amt in Karlsruhe ist es üblich, daß den Telefonistinnen bekannte Verbindungen auch ohne Angabe der Nummer hergestellt werden können. Ganz paradox muß das Verfahren erscheinen, wenn man eine kleine Episode hört, die sich vor wenigen Tagen in Ettlingen abspielte: Der Leiter einer Reisegesellschaft, die auf der Durchfahrt in Ettlingen weilte, verlangte die Nummer eines bekannten Gasthauses, um sich telefonisch anzumelden. Weil er keine Nummer wußte, konnte das Fräulein nur die Verbindung herstellen, nachdem sie den Sprecher darauf aufmerksam gemacht hatte, daß diese Auskunft 15 Pfennig kostete.

Wer die Bemühungen des Verkehrsvereins um die Belebung des Fremdenverkehrs in der letzten Zeit beobachtet hat, der konnte feststellen, daß der erste Erfolg im Besuch größerer Reisegesellschaften zu verzeichnen ist. Es ist wohl kaum zu glauben, daß die Post eine andere Meinung hat. Es wäre darum zu begrüßen, wenn von der Verwaltung aus bald

eine Überprüfung der neuen Anordnungen erfolgte. Dabei könnte man sich natürlich auf eine kleine Zahl von Namensanrufen beschränken und im übrigen den Fernsprechteilnehmern durch öffentliche Aufklärung nahelegen, die Nummern vorher selbst nachzuschlagen und es sich nicht allzu bequem zur machen.

Aus dem Albgau

Bujenbach

Mit dem Kirchenchor durchs Oberland nach Beuron

Busenbach. Gleich unseren anderen Vereinen hatte auch der Kirchenchor das Badische Oberland, den Hegau und den Bodensee zum Ausgangspunkt seines Ausfluges erwählt. Was aber der Reise einen besonderen Reiz verlieh, war Beuron mit dem Benediktinerkloster und seinen Mönchen. In aller Frühe fahren die Teilnehmer am Samstag, 23. Juli, mit 3 Omnibussen der Albtalbahn, deren Fahrer die angenehme Eigenschaft besaßen, die Reiseteilnehmer auf die besonderen Sehenswürdigkeiten der oberländischen Landschaft aufmerksam zu machen. In Richtung Offenburg, durchs schöne Kinzigtal ging die Fahrt zunächst nach Hausach, wo man die erste Rast einlegte. Weiter ging die Reise zur Donaustadt Donaueschingen, durch den Hegau mit seinen sagenumwobenen Kegelnbergen. Majestätisch grüßten Stoffel, Hohenstaufen, Hohenkrähen und Hohenwiwl. Manche heiße Geographiestunde kam angesichts dieser Berge den Reisegästen in Erinnerung. In Radolfzell machte man die erste Bekanntschaft mit dem Bodensee, den ein Teil der Reisenden zum ersten Mal überhaupt sah. Am See an der schönen Insel Reichenau vorbei, ging das erste Reiseziel Konstanz zu. In den Kindertagen sang man oft: „Konstanz liegt am Bodensee, und wers nicht glaubt, soll selbst hingehn“. Mancher und manche sah wohl das „schwäbische Meer“ in Konstanz zum ersten Mal. Eingehend wurde das Münster des Bischofs Konrads besichtigt. Ergriffenheit bemächtigte sich der Reisenden, als der Chor in diesem herrlichen Gotteshaus mit seiner einzigartigen Akustik im Lied zur Ehre Gottes sang. Nach Herzonalst konnte ich jeder der Bischofsstadt einen Besuch abstatten. Angehende Seelente vergnügten sich in Ermahnung eines kühlen Bades mit einem Ruderbootbummel. Der Insel Mainau wurde ein längerer Besuch abgestattet. Wie staunten die Reisenden, als sie die tropischen Schönheiten dieses Gartens betraten. Alles ist hier zu finden. Südfrüchte aller Art wachsen auf dieser Stätte. Eine Dampferfahrt (Gott sei Dank gabs keine Seekrankheit) brachte die Reisenden nach Meersburg, dem Bodensee entlang nach Überlingen, woselbst das Münster mit seinem herrlichen Altar besucht wurde.

Doch galt die Sehnsucht der Fahrtteilnehmer trotz der schönen Bodenseegegend dem berühmten Kloster Beuron. Den Höhepunkt der ganzen Reise war die Teilnahme am Hauptgottesdienst am Sonntagmorgen in der Klosterkirche, wo man mit tiefer Andacht dem berühmten Choralgesang der Mönche lauschte. Auch hier eine eingehende Besichtigung des Klosters und ein Besuch der Nachmittagsandacht. Über Tuttlingen nach Freudenstadt ging die Heimfahrt durchs romantische Murgtal nach Herrenalben den heimatischen Gefilden zu, wo die Reisenden, mit einem kräftigen Tusch aus höheren Lagen empfangen, in den späten Abendstunden eintrafen.

Reichenbach

Erhalten die Trauerweide!

Reichenbach. Die Geräusche wollen nicht verstummen, daß der Gedanke einer Fällung der alten Trauerweide nicht aufgegeben sei. Diese steht inmitten einer schmucken, reizend angelegten kleinen Parkanlage, wodurch der Ort eine besondere Note erhält. An Stelle der imposanten Trauerweide soll eine Milchhalle errichtet werden. — Dieser Plan war bereits einmal Gegenstand einer Diskussion gewesen, jedoch abgelehnt worden. Die Befürworter beabsichtigen nun eine „Volksstimmung“ durchzuführen, um ihr Vorhaben verwirklichen zu können, vorausgesetzt, daß sich eine Mehrheit ergeben würde. Zu erwähnen ist, daß der Verkehrsverein, die Natur- und Heimatfreunde diesem Vorhaben entgegenstehen, ebenso der Baumwart. Letzterer ist besorgt, daß es doch noch dazu kommen könne den Baum zu fällen, was nicht im Einklang mit dem Gedanken des Heimatschutzes stehen würde, außerdem den Erholungsruhenden ein Ort der Erbauung, dem Ort selbst aber ein Idyll erhalten bleiben soll. Will man der Angelegenheit nun — humoristisch betrachtet — Raum geben, so bleibt die Frage offen: Wer wird auf den Kopf gestellt werden, der Baum oder die Milchhalle?! — Im Interesse des Ortsbildes wäre eine Zwischenschlichtung angebracht und wünschenswert.

Amerika-Haus Karlsruhe

Am Montag, 31. Juli, 19 Uhr, liest die Play Reading Group mit verteilten Rollen „Abe Lincoln in Illinois“ von Robert E. Sherwood. In seiner Vortrags- und Diskussionsreihe über die „Formprobleme der reifenössischen bildenden Kunst“ wird Dr. Ulrich Gertz, Karlsruhe, am Mittwoch, 2. Aug., 20.30 Uhr, die Darstellung der Traumwelt behandeln. Am Donnerstag, 3. Aug., 18.45 Uhr, wird die von Dr. Ingeb. Hohfeld geleitete English Group über „New Jobs at 65“ — in Schenectady“ diskutieren. Im Gartenkonzert um 20 Uhr werden Schallplattenaufnahmen deutscher u. amerikanischer Orchester mit Werken von Rameau, Brahms und Mozart zu Gehör gebracht. Dr. H. Peter Dreyer, New York, spricht (in deutscher Sprache) am Freitag, 4. Aug., 20 Uhr, zu dem Thema „Wie wird die amerikanische Außenpolitik gemacht?“